Bündnis 90/Die Grünen, Martinusstraße 4, 41564 Kaarst

An die Vorsitzende des SoGeln
Frau Sabine Kühl
Am Neumarkt 2
41564 Kaarst

Ratsfraktion Kaarst
Martinusstraße 4
41564 Kaarst
Fon 02131/61557
info@gruene-kaarst.de
www.gruenekaarst.de

13. Juli 2026

Anfrage zur Sitzung des SoGeln am 23. September 2026 / Regelung der politischen Teilhabe in der Hauptsatzung

Sehr geehrte Frau Kühl,

bitte setzen Sie folgende Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf die Tagesordnung der Sitzung des Sozialausschusses am 23. September 2026 und lassen Sie sie schriftlich durch die Verwaltung beantworten.

Anfrage

1. Wann ist mit einem Vorschlag zur politischen Teilhabe gemäß Beschluss des SoGeA vom 24. Juni 2025 zu rechnen (s. unten)?
2. Aus welchem Grund wurde das Thema bei der geplanten Neufassung der Hauptsatzung bislang nicht berücksichtigt?
3. Gibt es alternative Vorschläge seitens der Verwaltung, wie mit der gleichen Verbindlichkeit Unterstützungsmöglichkeiten gewährleistet werden können?

Begründung

Der Sozial- und Gesundheitsschuss hat sich in seiner Sitzung vom 24. Juni 2025 mit der Problematik der Inklusion in der politischen Arbeit beschäftigt und folgendes beschlossen:

1. *Die Verwaltung wird beauftragt einen Vorschlag zu unterbreiten, wie das Recht aller Einwohner*innen der Stadt Kaarst auf politische Teilhabe sichergestellt werden kann. Dieser Vorschlag soll insbesondere eine Darstellung möglicher Maßnahmen und voraussichtlicher Kosten beinhalten und den Verfahrensweg bei der Inanspruchnahme von Unterstützungsmöglichkeiten beschreiben. Der Vorschlag soll die Grundlage für einen Formulierungsvorschlag für eine Änderung der Hauptsatzung bilden.*

Dieser Formulierungsvorschlag wurde dem Sozialausschuss bisher nicht vorgelegt, wobei in Anbetracht der hohen Arbeitsbelastung des Bereichs 50 davon auszugehen ist, dass dies bisher wohl aus Kapazitätsgründen noch nicht erfolgte.

Dem Rat wurde zur Sitzung am 9. Juli 2026 seitens der Verwaltung eine Neufassung der Hauptsatzung vorgeschlagen, in der Aspekte der Inklusion jedoch leider auch weiterhin nicht explizit mitberücksichtigt werden.

Eine Diskussion einer von der Verwaltung vorzuschlagenden Formulierung im für Inklusion zuständigen Fachausschuss, mit anschließender Stellungnahme, würde das Bekenntnis der Stadt zu einer gelebten Inklusion jedoch voranbringen und Hauptausschuss bzw. Stadtrat in die Lage versetzen, die Hauptsatzung entsprechend zu modifizieren.

Freundliche Grüße
Dominik Broda